

---

*Anne Purschwitz*, Jude oder preußischer Bürger? Die Emanzipationsdebatte im Spannungsfeld von Regierungspolitik, Religion, Bürgerlichkeit und Öffentlichkeit (1780–1847). (Bürgertum NF., Bd. 16.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 2018. 483 S., 14 Graphiken, € 80,-. // DOI 10.1515/hzhz-2019-1145

---

Hans-Werner Hahn, Asslar-Berghausen

Die Geschichte der Judenemanzipation in Deutschland und insbesondere in Preußen ist inzwischen gut erforscht. Dennoch bereichert das aus einer Dissertation in Halle hervorgegangene Buch diese Forschung, zum einen durch den relativ langen Untersuchungszeitraum, zum anderen durch die Analyse der Wechselwirkungen zwischen preußischem Regierungshandeln und öffentlicher Debatte. Darüber hinaus wird gezielt danach gefragt, inwieweit der hohe Stellenwert christlicher Werte die Abgrenzung gegenüber der jüdischen Minderheit verstärkte und wo die Grenzen der Integrationskraft lagen, die das Konzept der „Bürgerlichkeit“ auf den ersten Blick zu bieten schien. Die Untersuchung überzeugt durch ihre Fragestellungen und methodischen Ansätze. Die quantitative und qualitative Analyse eines sehr breiten Quellenmaterials gibt ausführliche Einblicke in die vielfältigen Aspekte der Diskussion über die künftige Stellung der jüdischen Minderheit und in die unterschiedlichen Positionen, die sich sowohl in der innerjüdischen Debatte als auch in der Mehrheitsgesellschaft fanden. Ausgehend von der Stellung der Juden in der ständischen Gesellschaft verfolgt die Verfasserin zunächst, wie die von Dohm angestoßene Debatte und die Herausforderungen der napoleonischen Herrschaft zum preußischen Judenedikt von 1812 führten. In einem zweiten Untersuchungsabschnitt werden die Gründe für Stillstand und Rückschritt benannt, die die preußische Judenpolitik zwischen 1813 und 1829 bestimmten. Dabei wird deutlich, wie sehr eine zunehmend judenfeindliche Öffentlichkeit dieses Regierungshandeln begünstigte. Im dritten großen Abschnitt wird zunächst die „Judenfrage“ in der Provinz Posen behandelt, die nicht nur die weitaus größte Zahl preußischer Juden aufwies, sondern

in der sich durch die ganz traditionelle, ausschließlich religiös bestimmte Identität des dortigen Judentums eine ganz andere Ausgangslage ergab als im übrigen Preußen. Vor allem aber wird gezeigt, wie die „Judenfrage“ in den 1830er Jahren größeres Gewicht in der öffentlichen Debatte gewann und wie sehr jetzt auch eine freilich gesplattene jüdische Öffentlichkeit in diese Debatten eingriff.

In den 1840er Jahren, deren Judendebatten im letzten, etwas knapp geratenen Kapitel unter dem Titel „Der gescheiterte liberale Aufbruch“ behandelt werden, trat der enge Zusammenhang zwischen „Judenfrage“ und den Grundfragen bürgerlicher Gesellschaft – der Rechtsgleichheit, der Verfassungsbewegung und dem Streben nach einem Nationalstaat – noch stärker hervor. Zwar bringt die Verfasserin zahlreiche Belege, die ihre Kernthesen stützen. Sie zeigt, wie eine nach wie vor starke Orientierung an „christlichen Werten“ und das Nationskonzept dazu führten, dass kein dauerhaftes, von der Mehrheit akzeptiertes Judenbild entstand. Und auch die Entstehung eines jüdischen „Parallelbürgertums“ habe allenfalls sehr kleine Integrationschritte ermöglicht, aber keinen Durchbruch. Dennoch hätte man zum einen stärker hinterfragen müssen, warum die am „christlichen Staat“ orientierte Judenpolitik Friedrich Wilhelms IV. 1847 am Widerstand von Beamten, Öffentlichkeit und Vereinigtem Landtag scheiterte. Zum anderen finden gegenläufige Tendenzen, wie sie sich vor allem im rheinischen Bürgertum der 1840er Jahre zeigten, zu wenig Beachtung.

---

*Hedwig Richter, Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert. Hamburg, Hamburger Edition 2017. 656 S., 54 Abb., € 42,-. // DOI 10.1515/hzhz-2019-1146*

---

Marcus Gräser, Linz

Die Praxis der Wahlen in Preußen und den USA steht im Mittelpunkt des Buches von Hedwig Richter, das aus einer Greifswalder Habilitationsschrift hervorgegangen ist. Ihr Erkenntnisziel reicht freilich über „Technik und Materialität“ (S. 541) der Wahlen hinaus, das Buch will auch eine Ideengeschichte des Wahlrechts und des Wählens im 19. Jahrhundert präsentieren. Richter geht dabei davon aus, dass es sich bei der Etablierung des Wahlrechts und der Durchsetzung allgemeiner Wahlen um ein „Elitenprojekt“ mit Disziplinierungsabsicht (S. 10) gehandelt habe, das der Legitimation erst der Staats- und dann der Nationsbildung zu dienen hatte. Äußerliche Zei-